

Homosexualität eine «schlimme Abirrung»?

Zum Abstimmungskampf in Liechtenstein um das Partnerschaftsgesetz und seine populistischen Tendenzen

He nun, ist mancher versucht zu sagen. Dann stimmen sie halt in Liechtenstein über ein Partnerschaftsgesetz ab. Das Referendum ist zu Stande gekommen. Bürger haben von ihren Rechten Gebrauch gemacht. Sicher. Doch es lohnt sich einen zweiten Blick auf die Vorgänge im winzigen Fürstentum zu werfen.

Sie nennen sich «Vox Populi» (*Stimme des Volkes*), die paar wenigen, die sich um den Liechtensteiner Johannes Schraner versammelt haben. Nachdem der Liechtensteiner Landtag am 16. März mit 21 zu 0 Stimmen dem Partnerschaftsgesetz zugestimmt hatte, der für Lesben und Schwule die Möglichkeit bringt, ihre Partnerschaft eintragen zu lassen, organisierte Schraner das Referendum gegen den Parlamentsentscheid. Seine Begründung: «Dieser Entscheid ist vor allem wegen seiner Eindeutigkeit unglaubwürdig. Wir sind der Meinung, dass dieser Beschluss nicht das Stimmungsbild im Lande widerspiegelt.» Nachdem nun das Referendum zu Stande gekommen ist, wird es im Ländle zur Volksabstimmung kommen. Umfragen deuten bis jetzt auf ein breites Ja zum neuen Partnerschaftsgesetz hin. Thema abgehackt?

Vielleicht doch nicht. Da sind ein paar Details, die aufhorchen lassen. Da ist einmal der Anspruch von Schraner und seinen – wenn man den Medienberichten glauben will – ganz wenigen Getreuen: «Vox Populi» – Stimme des Volkes nennt sich das

Grüppchen. Interview geben die selbsternannten Sprecher des Volkes keine. Weshalb auch, wer die einzig wahre Wahrheit kennt, braucht sich nicht zu erklären. Und dass es zwischen dem Referendumsgrüppchen und dem fundamentalistischen Erzbischof Wolfgang Haas eine Verbindung gibt, ist kaum zu übersehen, aus dessen Umfeld stammt die Aussage, dass Homosexualität eine «schlimme Abirrung» sei. Die Haas-treuen haben das Referendum zwar nicht selber ergriffen, aber doch kräftig unterstützt. Und wie so oft im Ländle, gibt es natürlich auch noch familiäre Verbindungen zwischen Wolfgang Haas und den selbsternannten Volkssprechern.

Soll man einer solchen reaktionären Minitruppe eine derartige Aufmerksamkeit widmen? Man soll. Das Grüppchen weist auf eine Entwicklung hin, die für Lesben und Schwule längerfristig äusserst negativ sein kann: Populistischer Fundamentalismus mit dem Anspruch, das ganze Volk zu vertreten, wird immer salonfähiger. Ob «Vox Populi» oder «Die wahren Finnen», die Unterscheide sind vielleicht graduell, aber nicht grundsätzlich. Fundamentalismus, welcher Ausprägung auch immer, geht einher mit dem Anspruch, den einzigen wahren Weg zu kennen, der im Interesse des Volkes ist. Da kann ein Parlament, immerhin die gewählte Volksvertretung, noch so einstimmig sein. Und, da diese Gruppierungen die ganze Wahrheit für sich in Anspruch nehmen, sind

sie auch nicht konsens- und kompromissbereit. Und am Schluss steht, wie in Ungarn eine unsägliche Verfassung, die sich noch vor kurzem niemand vorstellen konnte.

Für Lesben und Schwule sind solche Bewegungen eine direkte Bedrohung. Fundamentalismus schliesst Toleranz aus. Für die Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen sind wir aber auf die Toleranz und Offenheit der Mehrheit angewiesen. Wenn dies nicht mehr gegeben ist, droht sogar eine Rückkehr zu Zeiten, die wir längst überwunden glaubten. Plötzlich ist Homosexualität nicht mehr eine Selbstverständlichkeit, sondern eine «schlimme Abirrung».

Was heisst das nun für die politische Aktion, wie sie etwa durch Pink Cross betrieben wird. Vorsichtig sein? Ruhig sein? Nicht auffallen? Sicher nicht. Die Antwort könnte «intelligente Provokation» heissen.

Wenn wir kurz nachdenken, wird klar, dass Lesben und Homosexuelle nicht die einzige Bevölkerungsgruppe ist, welche tatsächlich oder zumindest latent benachteiligt wird. Darum kann eine Forderung heissen: Ein umfassendes Antidiskriminierungsgesetz muss her. Rassendiskriminierung wird in der Schweiz juristisch verfolgt. Gut so. Wirklich betroffen sind aber nur sehr wenige.

Wenn aber Diskriminierung generell unter Strafe steht, dann sind plötzlich viele betroffen, erwerbstätige Frauen, Behinderte, Ausländer, Junge, Alte. Alle Menschen gehören einer Gruppe an, für die das Risiko besteht, in einem bestimmten Bereich diskriminiert zu werden. Berufstätige Frauen kämpfen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Männer für gleiche Rechte nach der Scheidung, Kinder wollen, dass sie direkt angehört werden, und nicht die Erwachsenen für sie reden und die Alten, auch die schwulen Alten, verlangen, dass auch für ihre Bedürfnisse Rücksicht genommen wird.

Viele Minderheiten zusammen sind die Mehrheit und damit eine Macht. Die Bedingung ist einzig, dass sich die Minderheiten auch als gemeinsame Macht organisieren und nicht jede in ihrer Ecke werkelt. Dafür gibt es einen Begriff, aus dem 19. Jahrhundert, den man heute kaum mehr in den Mund zu nehmen getraut: Solidarität. Nein, Solidarität ist keine «schlimme Abirrung», genauso wenig wie Homosexualität. Solidarität ist heute so nötig wie früher. ■

Uwe Splitttdorf



Auch im Ländle meinen Ewiggestrige, nur sie wüssten, was gut für die Gesellschaft ist